



Kiel, 1. Februar 2018
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 22. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 31. Januar 2018, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts im Bereich der Justiz

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/365](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

2. Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung

Antrag des Abg. Dr. Kai Dolgner (SPD)
[Umdruck 19/563](#)

Das Innenministerium gab seine Zustimmung zu einer Verlängerung der Einsichtnahmefrist der laufenden Aktenvorlage bis zum 27. April 2018.

3. Entwurf eines Gesetzes zum Einundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Einundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag - 21. RÄStV)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/406](#)

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes der Landesregierung.

4. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über den Datenschutz beim Norddeutschen Rundfunk (NDR-Datenschutz-Staatsvertrag)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/407](#) (neu)

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes der Landesregierung.

5. **Entwurf eines Gesetzes zum Siebten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Siebter Medienänderungsstaatsvertrag HSH - 7. MÄStV HSH)**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/408](#)

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes der Landesregierung.

6. **Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2017 des Landes Schleswig-Holstein (Berichtsjahr 2016)**
Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/412](#)

Der Ausschuss nahm den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/429](#)

Der Ausschuss kam überein, eine schriftliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis zum 14. Februar 2018 zu benennen, die Frist für Stellungnahmen soll drei Wochen betragen. Der Ausschuss nahm in Aussicht, dem Landtag zur April-Plenartagung eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

8. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz - LVwG) - Änderung des § 258 LVwG, Schusswaffengebrauch gegen Personen -**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
[Drucksache 19/458](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, den Gesetzentwurf in einer seiner nächsten Sitzungen gemeinsam mit einem Vertreter des Innenministeriums zu beraten.

9. **Kommunalen Wohnungsbau stärken - innovative Wohnkonzepte fördern**
Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/462](#)

Voraussetzungen für die Schaffung von Wohnraum weiter verbessern
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/478](#)

Der Ausschuss kam überein, zu den Vorlagen eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis zum 14. Februar 2018 anzuzeigen, die Frist für Stellungnahmen soll vier Wochen betragen.

10. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bibliotheksgesetzes**
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/403](#)

Der Ausschuss empfahl dem federführenden Bildungsausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

11. Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung von § 219 a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft)

Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/463](#) (neu)

Sachliche Information zu Schwangerschaftsabbrüchen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/482](#)

Der Ausschuss kam überein, sich mit den Vorlagen wieder zu befassen, sobald der mitberatende Sozialausschuss ihm ein Votum zugeleitet hat.

12. Stellungnahme im Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsbeschwerde gegen §§ 3, 4, 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern - Az: 1 BvR 1187/17

Schreiben des Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Dezember 2017

[Umdruck 19/546](#)

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag, dem Verfahren nicht beizutreten und keine Stellungnahme abzugeben.

13. Beschlüsse der 31. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ vom 26. November 2017

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 5. Dezember 2017

[Umdruck 19/349](#)

Der Ausschuss kam überein, in seiner nächsten Sitzung ein Gespräch mit den Präsidiumsmitgliedern von „Jugend im Landtag“ zu führen.

14. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Schluss: 14:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder